
Kulturelle Bildung nach Plan oder: Die dunkle Seite des Hypes

Helle Becker

Eine »Problembeschreibung« der Situation kultureller Bildung, genauer: der Politik für kulturelle Bildung, vorzunehmen, ist eine undankbare Aufgabe, mit der man sich keine Freunde macht. Denn wenn es für irgendeinen Bereich gut läuft, dann doch wohl für die kulturelle Bildung. Jedenfalls scheint sich eine große Mehrheit in der Kultur- und Bildungsszene darüber einig zu sein. Um also nicht ganz aus dem Rahmen zu fallen, möchte ich eine Rechnung aufmachen und sowohl die Haben- als auch die Soll- oder Kostenseite betrachten, und zwar anhand von stichpunktartigen, durchaus ketzerisch gemeinten Thesen. Ich beziehe mich, auch um das Thema einzugrenzen, vor allem auf die Situation der außerschulischen kulturellen Kinder- und Jugendbildung.

Erfolge

Kulturelle Bildung hat zweifellos Konjunktur. Die öffentliche und politische Aufmerksamkeit ist hoch, kulturelle Bildung hat Einzug gehalten in sozial-, jugend-, kultur- und bildungspolitische Erklärungen und Konzepte. Politiker bekommen bei der Rede über kulturelle Bildung glänzende Augen, während sie früher müde abwinkten und sich »ernsthaften« Themen zuwandten.

Kulturelle Bildung erfährt mehr finanzielle Förderung, vor allem auf Länder- und Bundesebene in Form großer, spezifischer Förderprogramme. Allein in Nordrhein-Westfalen können viele Träger circa 20 verschiedene Förderprogramme nutzen. Viele sind populär: »Jeki«, »Kulturrucksack«, »Kultur und Schule«, »Kulturagenten oder »Kultur macht stark«.

Es gibt kaum bildungspolitische Reformaktivitäten ohne kulturelle Bildung: Sie ist ein Thema, oft sogar Motor der Entwicklung neuer Modelle für die Jugend- und Bildungspraxis, allen voran für die Kooperationen mit Schule, gar für eine Erneuerung von Schule, aber auch beim europäischen Thema Validierung, blickt man auf die Verbreitung der Idee des Kompetenznachweises.

Kulturelle Bildung ist verstärkt zum Thema von Kultureinrichtungen geworden. Theater, Opern, Museen schmücken sich geradezu mit Programmen

für Kinder und Jugendliche. Innerhalb der Kulturförderung wird kulturelle Bildung zu einem Pfund, mit dem man wuchern kann. Nach der massenhaften Schließung von Kinder- und Jugendtheatern und museumspädagogischen Abteilungen in den 1990ern werden nun Kulturetats an die Bedingung geknüpft, einen gewissen Prozentsatz der Mittel für kulturelle Bildung einzusetzen. Und der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien scheut sich nicht mehr, einen Preis für kulturelle Bildung auszuloben.

In der Schullandschaft sind das Bewusstsein für die Relevanz und die Möglichkeiten kultureller Bildung sowie die Bereitschaft zu Kooperationen gewachsen. Mancherorts kann man gegen MINT oder Wirtschaft als Schwerpunkte bestehen. Kulturelle Schulprofile sind nicht mehr nur das Ding von Rudolf-Steiner-Schulen oder Elite-Internaten, sondern verteilen sich über alle Schulformen.

Und nicht zuletzt ist kulturelle Bildung als Aktionsfeld auch für andere gesellschaftliche Bereiche interessant oder wieder interessant geworden: für die Erwachsenenbildung (»50+«), für die politische Bildung, für die Stadt- oder Standortentwicklung.

Somit ist doch eigentlich alles bestens und könnte so weiterlaufen. Die politischen Strategien scheinen erfolgreich zu sein. Lassen sie mich auflisten, was ich für argumentative Fehlentwicklungen halte und ihren Preis benennen.

Begründungen

Ausgangspunkt meiner Kritik sind die Begründungen, mit denen für die Relevanz kultureller Bildung geworben wird. Vor allem der Argumentationsmodus einer »Kulturellen Bildung als Allgemeinbildung im Medium der Künste« zieht. Während in der Szene Konzepte friedlich koexistieren, die sich eher einem weiten Kulturbegriff im Sinne der Gestaltung von Lebenswelt zuschlagen und solchen, die eher die Rolle von Kunst als alternativer Erkenntnisform, Störung und Widerspruch in den Mittelpunkt stellen, betont die öffentliche Rede über kulturelle Bildung – und zwar auch von Fachleuten, nicht nur von Politikern – vor allem ihren Wert für die Persönlichkeitsentwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dr. Helle Becker ist Kultur- und Erziehungswissenschaftlerin, als Publizistin und in Forschung und Lehre tätig; sie leitet das Büro »Expertise & Kommunikation für Bildung« in Essen.



Dies schlägt sich dann in Programmbeschreibungen nieder und formuliert zugleich wieder eine Anforderung an die so geförderten Projekte. So steht in der Programmbeschreibung des BMBF-Programms »Kultur macht stark« an keiner Stelle etwas über Kunst, außer, dass bei Kunst und Musik, Theater und Tanz »Kreativität, Teamgeist, Anstrengung und die beglückende Erfahrung ›Ich kann etwas!‹ besonders nah beieinander liegen und Kinder und Jugendliche lernen, »etwas zu gestalten, sich im Team zu organisieren und eine Aufgabe zum Erfolg zu führen, (...) auf den Anderen einzugehen, (...) eine gemeinsame Sprache zu entwickeln. Kulturelle Bildung fördert den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Integration«.

Das ist ja nicht falsch. Liegt aber verdammt nah an der Vorstellung von Kunst und Kultur als Kitt. Teilhabe, Integration, Inklusion, Lösung von Zukunftsfragen, die Ausstattung mit Schlüsselkompetenzen und »Selbstoptimierung«, wie es Thomas Steinfeld in der Süddeutschen Zeitung genannt hat – Kulturelle Bildung wird in vielen öffentlichen Diskursen zu einem Trostversprechen, das sie meines Erachtens weder einlösen kann noch sollte.

Aber es ist eben leichter, kulturelle Bildung als ausgleichendes Element für bildungspolitische Fehlentwicklungen und Mängel zu nehmen, als diese Mängel selbst anzugehen – zum Beispiel das Schulsystem. So antwortete etwa der Juryvorsitzende für das Programm »Kultur macht stark« auf die Frage, ob die im Programm geplanten »Bündnisse für Bildung« nicht den Kitt in einer bröckelnden Bildungslandschaft darstellten: »Es ist mir lieber, es ist jemand mit Kitt zur Stelle, als dass es nur zerbröckelt und es letztlich nichts mehr zu kitten gibt.« So viel Resignation war selten.

Fachlichkeit

Die Argumentation hat deutliche Folgen für die Fachlichkeit. Die Begründungslogik bleibt der Umsetzung kultureller Bildungsprojekte nicht äußerlich, kann es nicht, weil sie der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit und damit der finanzi-

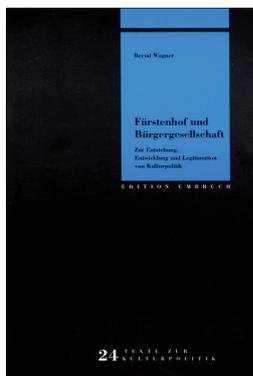
ellen Förderung folgt. Erwartungen der Politik werden internalisiert. Da bewirbt man ein Literaturprojekt kultureller Bildung dann eben damit, dass es die Lese- und Rechtschreibfähigkeiten der Schülerinnen und Schüler verbessere, statt dass man die ursprüngliche Intention verfolgt, den Kindern Literatur nahezubringen und ihre sprachliche Fantasie anzuregen. Womit wir bei einer weiteren fatalen Folge dieser Begründungslinie wären: Man zähle einmal die populären Literaturprojekte oder Film- und Foto-Projekte! Wurden im Zusammenhang mit dem »Bildungspaket« nicht immer nur Musikschulen und Sportvereine genannt? Offenbar haben wir es auch mit einem Spartenranking zu tun, wenn es darum geht, das soziale Potenzial kultureller Bildung zu heben.

Wo »Kulturelle Bildung« alles Mögliche sein kann, fehlt auch ein öffentliches und politisches Bewusstsein für die Profession kulturelle Bildung. Obwohl es seit Jahrzehnten eine breite, sowohl spezialisierte wie differenzierte Trägerlandschaft und eine fundierte akademische Ausbildung für diesen Bereich gibt, wird diese Expertise merkwürdig wenig wahrgenommen. Der Experte und Protagonist kultureller Bildung ist in vielen politischen Papieren »der Künstler«. Er kommt meist als Einzelperson daher und es umgibt ihn häufig eine Aura, die wir seit Walter Benjamin als abgeschafft wähten.

Wo »Kulturelle Bildung« alles Mögliche sein kann, fehlt auch ein öffentliches und politisches Bewusstsein für die Profession kulturelle Bildung. Obwohl es seit Jahrzehnten eine breite, sowohl spezialisierte wie differenzierte Trägerlandschaft und eine fundierte akademische Ausbildung für diesen Bereich gibt, wird diese Expertise merkwürdig wenig wahrgenommen.

Kulturelle Bildung als Dienstleistung

Die Betonung des Wertes kultureller Bildung für die Allgemeinbildung – im Gegensatz zur Betonung ihres Eigenwerts als Teil von Allgemeinbildung –



Bernd Wagner

Fürstehof und Bürgergesellschaft

Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik

Bernd Wagner • Edition Umbruch 24 • Bonn / Essen: Klartext Verlag 2009
520 Seiten • 19,90 Euro • ISBN 978-3-8375-0224-4

Grundlagen und Konstitutionsbedingungen öffentlicher Kulturpolitik • Anfänge öffentlicher Kulturpolitik in der Frühen Neuzeit • Die absolutistischen Höfe als Zentren der Kunstentwicklung und Kulturförderung im 17. und 18. Jahrhundert • Die Herausbildung bürgerlicher Kultur und Kulturförderung • Ausbildung und Begründung öffentlicher Kulturpolitik im »langen 19. Jahrhundert«.



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn
T 0228/201 67-0 • post@kupoge.de • www.kupoge.de

macht es Öffentlichkeit, Politik, Behörden und Institutionen wie Schulen leicht, Träger kultureller Bildung und ihre Angebote als Dienstleister für Bildung unter anderen zu betrachten. Zwar wird immer die Idee gemeinsamer Konzeptentwicklung beschworen, inzwischen sind aber z.B. viele Schulen und auch Kommunen dazu übergegangen, Konzepte und Programme aufzustellen und erst dann zu schauen, wer reinpasst. Viele Träger strecken sich dann danach – müssen sich danach strecken, unter Verlust der eigenen Idee und des Profils. Ich sehe täglich, wie sich das Selbstbewusstsein außerschulischer kultureller Bildung an den Vorstellungen von Schule aufreibt, die diese als Dienstleister sieht, der sich in

Die Förderpolitik ist nicht nur unübersichtlich, sondern zum Teil auch kontraproduktiv. Es gibt Konkurrenzen, Verdrängung und Verwerfungen. Vielfach übersteigen die Etats der Sonderprogramme die grundständigen Fördermittel, mit denen die Infrastruktur gesichert werden soll, die eine Umsetzung der Sonderprogramme doch erst möglich macht.

den Kanon gesellschaftlicher Ansprüche an Schule einzureihen hat. Und dann steht das Musikangebot auf einmal in unmittelbarer Konkurrenz nicht zum Theaterangebot als anderer Form kultureller Bildung, sondern zu therapeutischem Reiten oder Fußball, der ja unbestritten auch zu sozialem Zusammenhalt beiträgt.

Das Ende der Freiwilligkeit?

Jegliche Argumentation der letzten Jahre läuft darauf hinaus, kulturelle Bildung vor allem als vermittelte Bildung zu begreifen. Bildung tut Not, das lässt sich nach dem viel gescholtenen PISA-Schock politisch bestens begründen. Das schließt in vielen Köpfen und immer häufiger auch real sehr schnell Formen kultureller Aktivitäten aus, die selbstorganisiert, unbeaufsichtigt, chaotisch, zweckfrei, auch unbequem-kritisch sind und die ebenfalls der öffentlichen Förderung bedürfen. Es ist auffällig, dass auf den Werbeplakaten für »Kultur macht stark« immer ein Erwachsener dabei ist, der Regie führt. Warum eigentlich?

Unter dieser Perspektive – man will ja nur das Beste! – ist man auch schnell dabei, Kinder und Jugendliche zur kulturellen Bildung zu verpflichten. Und mit dem Problem der geringen Teilhabe bestimmter Gruppen von Kindern und Jugendlichen ist man damit ja auch immer auf der richtigen Seite. Doch geraten so zunehmend mehr Kategorien außerschulischer kultureller Bildung wie Freiheit, Freiwilligkeit und Selbstbildung unter die Räder. Inzwischen wird von nicht wenigen Vertretern der außerschulischen Szene eine Art »Zwangsbeglückung« verteidigt. Das ist verständlich, wenn man nach 50 Jahren Existenz- und Zielgruppen-Kampf in

der außerschulischen Bildung nun endlich in der Schule »alle Jugendlichen da hat« und diese nicht weglaufen können, wenn es ihnen graut. Diese Form der Danonisierung – »Früher oder später kriegen wir euch« – spricht auch aus verdächtig vielen Imperativen, mit denen die entsprechenden Förderprogramme werben (»Kinder zum Olymp!«, »Rhythm is it!«, »Kultur macht stark!«). Pädagogisch und diskurstheoretisch betrachtet kann man diesen Duktus – »Jedem Kind ein Instrument!« – auch als Drohung verstehen.

Was die einen für eine tolle Entwicklung halten – alle und alles an einem Ort – halte ich für eine Verarmung, wenn etwa in Bremen derzeit ein Schulzentrum am Stadtrand geplant wird, das gleich ein Kulturzentrum und ein Zentrum zur Berufsvorbereitung mit enthält, oder wenn in Hamburg die Offenen Jugendtreffs in die Schulen verlegt werden sollen. Wenigstens gegen Letzteres haben sich die Jugendlichen erfolgreich wehren können.

Politisches Dreiländereck

Das letzte Beispiel zeigt: Man hat sich mit der oben von mir kritisierten Argumentation deutlich in die Hände der Bildungspolitik gegeben. Bildungspolitik aber folgt anderen Regeln als zum Beispiel Jugendpolitik. Die kommt in vielen Fällen gar nicht mehr vor. Wenn die Kommunen davon träumen, kommunale Bildungsgesamtkonzepte zu erstellen, in die kulturelle Bildung integriert ist, gehen sie nicht unbedingt davon aus, die jugendpolitisch auf der Rechtsgrundlage des SGB VIII verankerten Partizipationsrechte – sowohl für Kinder, Jugendliche, Eltern wie für freie Träger – mit zu übernehmen. Träger der Jugendhilfe, die immerhin einen großen Bereich kultureller Bildung abdecken – sind jetzt schon allzu oft außen vor, selbst bei einer so genannten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Allerdings muss man sagen, dass die Förderung kultureller Bildung ja nicht nur im Bildungs- oder Jugendbereich erfolgt. Da hier politisch etwas zu holen ist, hat auch die Kulturpolitik nachgezogen. Die Folge sind viele Förderprogramme für kulturelle Bildung, aber alle mit einer eigenen Agenda. Das wäre nicht schlimm, wäre diese nicht vielfach eine geheime. Möchte man eine Förderung der Künstlerinnen und Künstler oder von Kultureinrichtungen? Geht es den Instrumentenbauern schlecht? Die Zeiten sind schwer, aber mit kultureller Bildung geht was. Man möchte mehr unbezahltes Personal? Dann sind »bürgerschaftliche Netzwerke für kulturelle Bildung« die beste Wahl.

Folgerichtig ist die Förderpolitik nicht nur unübersichtlich, sondern zum Teil auch kontraproduktiv. Es gibt Konkurrenzen, Verdrängung und Verwerfungen. Vielfach übersteigen die Etats der Sonderprogramme die grundständigen Fördermittel, mit denen die Infrastruktur gesichert werden soll, die eine Umsetzung der Sonderprogramme doch erst

möglich macht. So bietet auch keines der aktuellen populären Förderprogramme eine Unterstützung in Form von struktureller Sicherheit. Selbst da, wo der Aufbau von Strukturen das Programmziel ist, werden diese selbst nicht finanziert, sondern prekäre Verhältnisse sogar fortgeschrieben – etwa indem nur Honorarkräfte finanziert werden. Alle reden von Kooperationen. Wir wissen, dass man dafür Kommunikation und Koordination braucht, aber zu den geförderten Sachmitteln zählt nicht mal der Kaffee für die Koordinierungsgespräche.

Hinzu kommt, dass viele der großen Programme in beträchtlicher Höhe privat finanziert sind. Aber wenn große Stiftungs-Programme für Modellprojekte die Finanzierung öffentlicher Strukturprogramme um ein vielfaches übersteigen und die öffentlichen dann keine Nachhaltigkeit finanzieren können, ist das nicht einfach nur schade ums Geld. Es signalisiert und etabliert politische Machtlosigkeit. Die Rolle von Politik kann es nicht sein, genuine Aufgaben von Strukturentwicklung oder gar Gesetzgebung den Ideenpools demokratisch nicht legitimierter Instanzen zu überlassen!

Offene Fragen

Warum haben alternative Modelle so wenige Chancen, die Schule nicht als Hort kultureller Bildung und ihrer Steuerung, sondern als offene Informationsbörse und als Umschlagplatz zu begreifen, um Kindern und Jugendlichen den freiwilligen Zugang zu einer großen und differenzierten Bandbreite an kulturellen Aktivitäten, kulturellen Angeboten, kul-

turellen Bildungsangeboten zu ermöglichen?

Warum werden dafür nicht diejenigen gestärkt, die Kunst und Kultur und kulturelle Bildung professionell, mit eigener Pädagogik, seit Jahrzehnten erfolgreich betreiben, deren Relevanz, Einbindung, Kraft und Reichweite aber erhöht werden muss, um damit mehr und andere junge Menschen zu erreichen?

Warum mündet der Ruf, man müsse mehr für die kulturelle Bildung tun, nicht in der selbstbewussten und mutigen Forderung nach mehr kritischen, unwägbareren, experimentellen, eigensinnigen, auch unbeobachteten, unzensierten, chaotischen, kulturellen Aktivitätsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, und zwar dort, wo sie es möchten und wo es zweckmäßig ist? Es kann doch nicht sein, dass die kulturelle Bildung daran mitwirkt, die Räume von Kindern und Jugendlichen immer enger und reglementierter zu machen – sie sollte sie erweitern!

Es kann doch nicht sein, dass die kulturelle Bildung daran mitwirkt, die Räume von Kindern und Jugendlichen immer enger und reglementierter zu machen – sie sollte sie erweitern!

Max Fuchs hat vor einiger Zeit in der neuen Onlinezeitschrift des Kulturrats (»Kultur bildet«) die Frage gestellt, ob das Glas der Kulturellen Bildung halb voll oder halb leer sei. Ich halte das für die falsche Frage. Selbst wenn es halb voll ist, müssen wir uns immer noch fragen, ob wir den Mix, der da drin ist, auch trinken möchten.

Vortrag auf dem 7. Kulturpolitischen Bundeskongress am 14. Juni 2013 in Berlin im Panel 6: »Konzeption Kulturelle Bildung. Good Governance oder neue Unübersichtlichkeit?«

Eckhard Braun

Prinzipien öffentlicher Kunstförderung in Deutschland

Neutralität – Achtung von Autonomie und Pluralität – Subsidiarität – Gemeinwohlorientierung – Standards in Organisation und Verfahren



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. / Klartext Verlag
Bonn / Essen 2013
(Edition Umbruch Nr. 30)
340 Seiten • 19,95 Euro
ISBN 978-3-8375-0995-3

Kunstförderung ist Teil des staatlichen und kommunalen Auftrags zur Kulturförderung. Welche Rechte und Pflichten sind damit verbunden? Wie entscheidet man, was und in welchem Maße gefördert wird? Welche Prinzipien leiten öffentliches Handeln auf diesem heiklen Feld? Eckhard Braun stellt zunächst die Prinzipien dar, die öffentliches Handeln auf dem Gebiet der Kunst- und Kulturförderung normativ bestimmen. Beginnend mit der theoretischen Analyse handlungsleitender Begriffe mit prinzipiellem Charakter wie Kunstfreiheit, Neutralität, Autonomie und Pluralität von Kunst, Gemeinwohlinteresse und Subsidiarität beschreibt die Studie die daraus erwachsenden Anforderungen an eine planvolle Kulturpolitik, an angemessene und gerechte Verfahren der Auswahl von zu fördernder Kunst, die sachgerechte Organisation der Aktivitäten und Verwaltungsstrukturen sowie Ansprüche auf Partizipation in Fragen der Gemeinwohlförderung und auf vielfältige Formen von Kooperation in einer aktiven Demokratie. Hinzu kommt ein Überblick, wie diese Forderungen praktisch umgesetzt werden, welche Grade der Anerkennung und Institutionalisierung des Handelns und Entscheidens in der Kunstförderung existieren.



Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn
T 0228/201 67-0 • F 0228/201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de